

Volks-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Die 8 gepaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 50 Pf., ganz laminiertes 20 Pf., voll laminiertes 22 Pf., 2 mal breite Millimeterzeile 2.00 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigenstellen. Erfüllungsort: 6 alle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntag und Montag 1 mal. Vertheilung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 19, Dr. Deubachau, 17. Markt-Geschäftsstellen: Große Wäsche 23 und Markt 24. Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

für Halle monatlich bei zweimonatlicher Zustellung 6.00 Mark, vierteljährlich 18.00 Mk., durch die Post 18.00 Mk. ansehl. Zustellungsgeld. Bestellungen werden von allen Reichspoststellen angenommen. In Halle, Zeitungsgeschäft unter Eule-Zeitung eingetrag. Die unentgeltlich eingegangenen Manuskripte sind keine Gewähr übernommen. Hochdruck nur mit der Quellenangabe „Volks-Zeitung“ gestattet. Ferner der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1418 u. 1411, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

Nr. 216.

Halle, Montag, den 10. Mai 1920.

Einzelpreis 20 Pfg.

Wegnahme aller deutschen Luftschiffe?

Verbot des Baues von Luftfahrzeugen in Deutschland.

Berlin, 10. Mai. (Eig. Drahtnachricht.) Dem Londoner Korrespondenten des New York Herald wurde von maßgebenden englischen Persönlichkeiten versichert, daß Deutschlands Luftschiffahrt in wenigen Wochen zu bestehen aufgehört habe, weil Deutschland im Besitze einer Luftflotte eine ständige Gefahr für den Frieden Europas bilden würde. Allerdings müßte diese englische Persönlichkeit zugeben, daß eine große Luftflotte Deutschlands in einem künftigen Kriege deshalb wenig zu bedeuten haben würde, weil Deutschland wenige Stunden nach einer Kriegserklärung von allen Seiten aus der Luft angegriffen werden könnte. Dennoch sollte Deutschland die Erzeugung von Luftfahrzeugen künftig nicht gestattet werden. Nach dem Waffenstillstand habe Deutschland einen großen Vorrat, die „Nordsee“, fertiggestellt, dessen Abfertigung die Alliierten jetzt fordern würden. Die Luftfahrzeugkontrollkommission der Alliierten habe auch schon in Deutschland mangelnde Luftfahrzeuge aufgefunden, von denen die deutschen Behörden immer behaupteten, daß sie nur für landbefahrene bestimmt seien.

Die Bemühungen um einen Freistaat Oberschlesien.

Ein verheißenes Ereignis.

Berlin, 10. Mai. (Eig. Drahtnachricht.) Wie der „Deutschen Zeitung“ aus Breslau geschrieben wird, ist seit der Ententebekräftigung die Agitation für einen Freistaat Oberschlesien sehr erstickt. Die Ideen kehren aber im Widerspruch zum Friedensvertrag. In den letzten Monaten sind infolge des Hinüberwanderns nach Polen und der Verjüngung ober-schlesischer Bevölkerung jetzt auch immer mehr polnische Autonomen in die Seite der polnischen Freistaatler getreten. Es ist eine Reihe polnischer Autonomievereine entstanden, die von den großpolnischen Zeitungen auf das Heftigste bekämpft werden. Da ein Freistaat Oberschlesien erstrebenswert wäre, ist freilich eine große Frage. Seine Neutralität und Neutralität ist mehr als zweifelhaft. Das Land würde als Freistaat wie eine Halbinsel zwischen drei Meeresküsten, nämlich Deutschland, Polen und Tschechien, umherhängen und die Unruhen im Innern würden nicht abklingen. Nur ein Freistaat an Deutschland kann Oberschlesiens Zukunft verürgen.

Berlin, 10. Mai. (Eig. Drahtnachricht.) Wie die Information meldet, unterhandelt eine französisch-belgische Gruppe mit dem kürzlich Donnerstag wegen Verkauf der in seinem Besitz befindlichen schlesischen Zinkminen. Das Unternehmen soll sofort nach der Ablehnung in Oberschlesien in eine französische oder polnische Gesellschaft umgewandelt werden.

Abstimmung im Osten am 12. Juli.

Genève, 10. Mai. (Eig. Drahtnachricht.) Wie der Schweizerbund für Grenz- und Auslandsdeutsche in Genéve mitteilt, findet die Volksabstimmung im Osten am 12. Juli statt. Bis dahin sind großrussische Organisationen im Ruhrgebiet tätig, um die Heimförderung der etwa 100 000 Abstammungsberechtigten durchzuführen.

Vor großen Kämpfen zwischen Russen und Polen.

Warschau, 8. Mai. Die „Weseler Nachrichten“ geben auf Grund sehr zuverlässiger Informationen folgendes Bild von der Entwicklung des russisch-polnischen Konflikts: Sowohl über die polnische wie auch über die russische Armee werden von den beteiligten Kreisen die besten Nachrichten verbreitet. Die polnische Armee soll ausgezeichnet ausgerüstet und auch gut geführt sein; sie besitze auf französische Munition und französische Generalstabsoffiziere.

Die Nachrichten über die russische Armee lauten aber nicht weniger günstig. Die Mannschaften sind tadelloß verpflichtet, tadelloß ausgerüstet und tadelloß diszipliniert. Jede Kompanie hat wieder einen Wägen, wie in den vergangenen schwierigen Zeiten. Durch den Mangel an Eisen ist es den Russen gelungen, nicht nur eine sozial-bolschewistische, sondern eine nationale Bewegung zu schaffen, und er trägt sich jetzt mit dem Gedanken, den heiligen Krieg gegen Polen zu erklären, was natürlich eine Stärkung seiner Regierung bedeuten würde, da jeder russische Offizier und Soldat mit Vergnügen gegen Polen kämpfen wird.

Selbst in Ententezirkeln läßt man sich durch die Einnahme Riens durch die Polen nicht blenden und betrachtet die weitere Entwicklung der Dinge sehr skeptisch. Die Russen haben den Polen vor ihrem Einmarsch in die Ukraine gar keinen Widerstand geleistet, und es ist klar, daß sie einen großen Plan anderswo vorbereiten. Nach unseren Informationen dürfte dieser große Schlag zwischen Wien und Danaburg erfolgen.

Das Schicksal der 2. schleswighen Zone.

Internationalisierungsverhandlungen in Dänemark.

Kopenhagen, 8. Mai. (Eig. Draht.) Das Ministerium kürzete hat sich zu einem aufsehenerregenden Schritt in bezug

hinsichtlich des Politz entschieden. Die der neuen Regierung nachsehenden „Nationaltidende“ meidet, daß das Ministerium eine Delegation nach Paris senden will, um dort den Vorschlag zu machen, die zweite Zone in Schleswig unter allen Umständen zu internationalisieren. Der Vorschlag ist von einem bedeutenden Reichstags- u. wahlpolitisch Prof. Bindig Kruse - ausgearbeitet worden und geht bis in die kleinsten Details. Als Führer der Deputation vor anfangs der dänische Außenminister Seabundus in Aussicht genommen, da man ihn im neuen Ministerium aber in der ersten unruhigeren Zeit ungerne entbehren will, hat man diesen Gedanken aufgegeben.

Kopenhagen, 10. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Aus Paris wird gemeldet, daß das Ministerium des Äußeren erklärt man, daß der endgültige Beschluß des Obersten Rates in der schleswighen Frage von dem Ergebnis der Bestimmungen in den beiden Zonen nicht wesentlich abweichen werde. Die Absichten der neuen dänischen Regierung würden zwar geändert werden, aber die wirtschaftliche Entscheidung sei bereits mit der Abstimmung gefallen.

Scharfe Haltung Dänemarks.

Berlin, 9. Mai. Die deutsche Reichsregierung hatte der dänischen Regierung einen Vorschlag unterbreitet, einen Gegenseitigkeitsvertrag über den Schutz der Wälder in Schleswig abzuschließen. Dieser deutsche Vorschlag ist von der neuen dänischen Regierung scharf abgelehnt worden. Damit kommt zum Ausdruck, daß die jetzt in der dänischen Regierung vorherrschende Stimmung zu einem friedlichen Ausgleich, wie er von Deutschland angestrebt wird, nicht genügt ist.

Die Verlegung der Konferenz in Spa unermesslich.

Brüssel, 9. Mai. Ministerpräsident Millerand wird sich, wie nunmehr festzustellen scheint, am 12. Mai zur Verlegung mit Lloyd George nach Fontaine begeben. Der englische Schatzkanzler Douglas Chamberlain und der französische Finanzminister Marclay sollen an der Konferenz teilnehmen, die zwei bis drei Tage dauern dürfte. Die französische Seite ist jetzt zu, bei einer Verlegung der Konferenz von Spa unermesslich sei, weil sich die Vorbereitungen der Entente nicht rechtzeitig vor dem 15. Mai zum Abschluß gelangen könnten. (Frankf. A. Z.)

Für den Anschluß Tirols an Deutschland.

Wien, 10. Mai. (Eig. Drahtnachricht.) Auf dem christlich-sozialen Landesparlament in Salzburg wurde eine Resolution angenommen, welche ausdrückt, daß die christlich-sozialen Partei in Anbetracht an Deutschland das nationale und wirtschaftliche Recht erlittet. Der bairische Landtagsabgeordnete Dr. Zahnbrecher sprach sich für einen allmählichen Abbau des Grenzverkehrs in Passau und Regensburg zur Annäherung des wirtschaftlichen Anschlusses Osterreichs an Bayern aus.

Deutsch-französische Wirtschaftskonferenz.

Paris, 10. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Petit Parisien glaubt, daß die Wirtschaftskonferenz zwischen den französischen und deutschen Delegierten am 16. oder 17. Mai eröffnet werden soll. Wie die „A. Z.“ bereits mitteilte, werden diese Delegierte fast ausschließlich aus der Industrie der Webereien und des Metallgewerbes. Die Franzosen wollen vorschlagen, daß Rohstoffe an die deutschen Fabrikanten geliefert werden sollten. Die Industriellen sollen sich zunächst untereinander in Einvernehmen setzen. Es handelt sich um einfache Vorbesprechungen. Das praktische Resultat soll dann einer diplomatischen Stelle zur weiteren Verarbeitung übergeben werden.

Internationale Eisenbahn-Konferenz.

Paris, 10. Mai. (Eig. Drahtnachricht.) Die französische Regierung hat Anordnungen zu einer internationalen Eisenbahnkonferenz für den 14. Mai nach Paris ergreifen lassen. Auch deutsche Vertreter sollen an diesen Besprechungen teilnehmen, deren Zweck sein soll, ein neues Abkommen vorzubereiten, das die im Verlaufe der Berner Eisenbahnkonvention ersehen soll.

Die englischen Arbeiter gegen die hohen Preise.

Amsterdam, 10. Mai. Wie aus London gemeldet wird, hat der industrielle Dreiwand (Verarbeiter, Eisenbahnen, Transportarbeiter) beschlossen, eine Unternehmung über die Teuerung von essentialen, Verträge über die Verdrängung der Preise auszuarbeiten und der Regierung den fertigen Plan vorzulegen.

Neue Verhandlungen in der Bankbeamten-Bewegung.

Berlin, 10. Mai. (Eig. Drahtnachricht.) Im Anbetracht hat es den Anschein, als ob noch nicht alle Hoffnungen auf eine gütliche Beilegung der Differenzen im Bankgewerbe aufgegeben werden brauchen. Der Allgemeine Verband der deutschen Bankbeamten hatte an den Reichsverband der Bankleitungen ein Ultimatum mit der Bemühung seiner Forderungen gerichtet, das heute nachmittag 4 Uhr ablaufen sollte. Man ist vom genannten Verband der Arbeitgeber dem Verband der Bankbeamten ein Schreiben zugegangen, in dem darauf hingewiesen wird, daß am 12. Mai in Berlin eine Reichskonferenz der Bankleitungen stattfindet, in der man sich die Differenzen mit den Angehörigen behandeln will. Daraufhin hat der Allgemeine Verband dem Reichsverband der Bankleitungen ein Schreiben zugegangen, in dem man sich um einen gütlichen Beilegung zu gelangen, zu befreiten.

Spa und Brüssel.

Am 25. Mai sollte die Finanzkonferenz des Völkerbundes in Brüssel ursprünglich abgehalten werden. Sie ist nun verschoben worden, da der Oberste Rat beschloffen hat, am 25. Mai eine Zusammenkunft mit dem deutschen Reichsausschuss in Spa abzuhalten. Diese muß natürlich der vom Völkerbund eintreffenden Konferenz vorausgehen, denn es ist kaum zu erwarten, daß diese eine Entscheidung mit Finanzpolitik zur Beilegung der Höhe Europas finden wird, solange nicht die Parteien von Versailles zu einer Verständigung gekommen sind. Denn so stark ist heute die Autorität des Völkerbundes noch lange nicht, daß er einfach den Vertragsgegnern Deutschlands befehlen könnte, den Weg der Vernunft zu beschreiten. Aus diesem Grunde haben Lloyd George und Mitti Millerand in San Remo dazu gedrängt, sich mit der Zusammenkunft mit dem Reichsausschuss einverstanden zu erklären. Das hat der französische Erste Minister, auch getan, und man föhnt sich sehr wohl, daß man die Vernunft auf dem Wege sieht.

Das ist sie indessen leider nicht. In Frankreich, wo man sie fürchtet, tut man alles, um ihr den Weg zu verstopfen. In Pariser Meldungen der Londoner Heftungs- und Morgenpost wird behauptet, daß Millerand seine Einwilligung zu der Zusammenkunft in Spa nur unter zwei Bedingungen gegeben habe. Von diesen sei die eine bereits in der San Remo Note der Alliierten an Deutschland enthalten gewesen, nämlich die völlige Vertragsrücknahme in Folge der Nichterfüllung der Friedensbedingungen. Die andere habe man aber bisher verweigert. Diese zweite Bedingung wird nun in den Pariser Ausstellungen etwa folgendemaßen umschrieben: Bevor Spa stattfindet, müssen sich Millerand und Lloyd George über die vom Reichsausschuss gegenüber einzunehmende Haltung geeinigt haben. Daß diese Einigung eine restlose Annahme der französischen Wiedergutmachungspolitik durch England bedeuten muß, versteht sich für die Vertreter der französischen Gewaltpolitik von selbst. Was die französische Politik ist, wird gleichzeitig mit wünschenswerter Deutlichkeit gesagt: Deutschland ist für die Zahlung eines Rindbetrags von 2 Milliarden Goldmark im Jahre für die Dauer von 30 Jahren verpflichtet. Hierzu sollen Zuschläge kommen, deren Höhe sich nach dem Grad der Erholung Deutschlands richtet wird.

Dieses Programm soll dem Reichsausschuss in Spa vorgelegt werden, ohne daß er die Möglichkeit haben würde, an ihm etwas zu ändern. Das wäre eine Verschärfung des Friedensvertrages, der uns doch wenigstens eine gerechte Überprüfung unserer Zahlungsfähigkeit durch den Wiedergutmachungsausschuss züföhrt. Ueberdies ist Deutschland, zumal bei dem gegenwärtigen zerstückelten Zustand seines Wirtschaftskörpers, bei der jährlichen Zahlung von 200 Millionen Betrages von 2 Milliarden Goldmark in gar nicht imstande. Nach der Rede, die Lloyd George am 15. April im Unterhaus über das Ergebnis von San Remo gehalten hat, sollte man annehmen, daß die französische Wiedergutmachungspolitik, wie sie jetzt in den Pariser Anstrengungen umschrieben wird, für England unannehmbar sei. Denn der englische Erste Minister hat erklärt, daß Deutschland in Spa die Gelegenheit gegeben werden solle, sich über die Höhe seiner Verbindlichkeiten, seine Zahlungsfähigkeit und den Zahlungsmodus zu äußern. Aber bedauerlicherweise liegen bereits englische Pressestimmen vor, die behaupten lassen, daß Lloyd George am 15. April, als er sich in diesen Grundfragen, sondern nach opportunistischen Erwägungen ein Politik machen und sich Millerands Willen, wenn dieser demnächst nach London kommt, beugen werde.

Angesichts dieser Sachlage ist die an sich schon sehr schwierige Aufgabe der Reichsregierung noch bedeutend erschwert worden. Es versteht sich von selbst, daß sie keine Gelegenheit verpassen darf - so schlecht auch die Aussichten sein mögen -, um mit der Gegenpartei zu einer Aussprache zu kommen. Aber andererseits würde ein zweites Versailles, wo Deutschland nur das Drittel seiner Forderungen entgegenzunehmen hat, den Stand der Friedensfrage nicht fördern können, und sie nur vom nationalen Standpunkt aus unerklärlich seien.

Konferenz der Ernährungsminister.

München, 10. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Zu verlässig erfahren wir, daß am nächsten Sonntagabend alle einzelstaatlichen Ernährungsminister in Berlin zusammenzutreffen, um entsprechende Beratungen über die Getreide- und Kartoffelerzeugung im Jahre 1920/21 abzuhalten. Es kann schon jetzt gesagt werden, daß die zentralwirtschaftliche für Getreide und Kartoffeln in diesem Jahre nicht aufgehoben wird.

Mißlungen kommunistische Demonstration.

Berlin, 10. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Zur gestrigen Sonntag hatten die kommunistischen Berliner an die Jugend und an die Proletariat die Aufforderung

geben lassen, eine Verhandlung mit dem Frieden mit England einzuwickeln. Die Rundungsbank hat jedoch einen kläglichen Verlauf, denn es erschienen nur wenige hundert Teilnehmer.

Walter Rathenau über die Politik der Leidenshaft.

Aber Mangel an Intelligenzen. — Die schwerindustrielle Diktatur.

Nach Erhebung der Tagesordnung der außerordentlichen Generalversammlung der A. G. O. am Sonnabend hielt der Präsident Dr. Walter Rathenau eine Ansprache, in der er u. a. ausführte:

Wenn die Politik der Leidenshaft anfängt, so wird Europa genau so in fünfzig Jahren leben, wie es im abgelaufenen ersten Friedensjahre lebte. Die Begegnung in Spa wird darüber entscheiden, ob sich das politische Wetter geändert hat. Wenn tatsächlich unsere Delegierten dorthin eingeladen sind, so, wie die französischen Setzungen es verlangen, nicht als ebendortige Vertreter, sondern als außenstehende, demnach, zum Scheitern, wo damit der Beweis gesetzt, daß noch immer die Politik der Leidenshaft besteht, und die Ergebnisse dieser Begegnung werden nicht den Hoffnungen der Welt entsprechen.

Es wird aber der Zeitpunkt herankommen, in dem Europa erkennt, daß die schwerlebende europäische Wirtschaft eine Solddarwinwirtschaft ist, und wenn die Welt es nicht freiwillig erkennt, so wird sie es innerlich durch den Sozialismus der Wälder. Auch Frankreich wird es fühlen in demselben Maße, wie der Rest des Kontinents sich dem Werte der Welt nähert. Die Welt wird aber auch noch dadurch zur Vernunft gelehrt werden, daß sie gemacht wird, und es mehr und mehr an der Zahl der Intelligenzen fest, die zum Wiederaufbau erforderlich sind. Die Märkte der Intelligenzen sind nahezu leergeräumt. Es ist heute schwer, Beamte zu finden. Es ist schwer, neue Aufgaben zu erschaffen. In kurzer Zeit wird man feststellen, daß für den Wiederaufbau zerstörte Gebiete und für die Wiederherstellung großer verfallener Dämme, wie z. B. Rußlands, der Aufwand an Intelligenzen enorm ist, und daß er nur durch eine vollständige Wirtschaft gedeckt werden kann. Im Anlande haben wir im letzten Jahrzehnte den Wirtschaft getrieben, wir haben im abgelaufenen Jahr die Gründung des deutschen Ausverkaufes mit schmerzlichen Behauern erlebt, und wir erleben in diesem Jahre mit Besorgnis die außerordentlichen Preissteigerungen der schwerindustriellen Produkte, die darauf hinauslaufen, daß wir jetzt müssen: Wir stehen heute unter einer schwerindustriellen Diktatur. Ich hoffe, daß auch hier die Vernunft einkehren wird. Ich glaube aber besonders, daß die Meinung unserer deutschen Wirtschaft erst dann in bestem Umfange möglich ist, wenn an Stelle der ungerichteten und ungeordneten Wirtschaft des privaten Monopols und wilden Handels eine geordnete, organisierte, nach klaren Grundgesetzen geleitete Wirtschaft geschaffen wird. Diese Erkenntnis hat sich im letzten Jahre gewaltig ausgebreitet, und ich glaube, daß sich in mehr oder weniger Zeit verheißt, bis sie zur Tat wird.

Verlängerung des japanisch-englischen Bündnisses.

Amsterdam, 9. Mai. Amtlich wird berichtet, daß das japanisch-englische Bündnis auf sieben Jahre verlängert worden ist. Der Vertrag soll dem Kaiserreich vorgelegt werden.

Das Statute des Washingtoner Paktes gegen die Bankkontrollen für eine Anleihe an China, Frankreichs und Englands und Frankreichs Bedingungen annehmen werde.

Englisch-russische Friedensverhandlungen.

Amsterdam, 9. Mai. Laut Westminster Gazette veröffentlicht ein britischer Moskauer Bericht, daß englisch-russische Friedensverhandlungen bevorstehen. Lord Curzon habe Tischgespräche mit den Russen gemacht, direkte Verhandlungen mit dem General Wangenau zu beginnen. Der russische Meldet weiter, daß Tischgespräche in seiner Antwort

eröffnen, die Sowjetregierung heraus bereit, dem Wunsch der englischen Regierung entgegenzukommen.

Amsterdam, 9. Mai. „Westminster Gazette“ zufolge haben an der Kaufhausfront die Feindseligkeiten aufgehört. Die Sowjetregierung hat den Regierungen der verschiedenen Staaten den Vorschlag gemacht, sofortige Friedensverhandlungen zu beginnen.

Der Ratholikenkongress in Köln.

Köln, 9. Mai. Der heutige Ratholikenkongress wurde durch den Präsidenten des Oberlandeserzbischofs, Staatssekretär Dr. Frenken, eröffnet. Nach dem durch den Oberbischof Dr. V. De lauer übermittelten Willkommenswort der Stadt Köln begrüßte Erzbischof Dr. Schulte die Teilnehmer und forderte zum Kampfe gegen Unglauben und Materialismus auf. Nach einem Festreden von über 30 000 Personen durch die Stadt folgten in Sälen Vortragsveranstaltungen. Die Tagung endet morgen mit Sitzungen der Bildungsausschüsse.

Kündigung der Sport- und Jagdvereine.

Berlin, 9. Mai. Wie in 500 deutschen Städten, so fand heute morgen auch in Berlin eine Kündigung der Sport- und Jagdvereine vor dem Reichstagsgebäude statt. Die Spielplatzbewegung geht und an der 15-20 000 junge Leute teilnehmen. Unterstaatssekretär Ewald führte aus, daß die Jugend ihre Erholung nicht auf den Rummelplätzen oder in den Kinos, sondern unter freiem Himmel suchen sollte. Das vom Reichsminister vorgeschlagene Spielplatzgesetz müsse kommen. Nach dem Anstimmeln des Liedes „Deutschland über alles“ löste sich die eindrucksvolle Versammlung in Ruhe und Ordnung auf.

Die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse.

Eine Indexkommission.

Brüssel, 8. Mai. Am 27. April 1920 hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft in seiner Rede in der Nationalversammlung besonders hervorgehoben, daß die Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung eine Aufgabe der Preispolitik sein müsse. Während noch im vorigen Jahr die Höchstpreise für die wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse kurz vor der Ernte festgelegt wurden, sind diese jetzt bereits durch Verordnung vom 13. März vorläufige Preise (Mindestpreise) für Getreide und Kartoffeln aus der Ernte des Jahres 1920 bekanntgegeben worden. Die so frühzeitige Festsetzung der Preise erfolgte, um den Landwirten eine gewisse Beruhigung hinsichtlich der Preisgestaltung zu geben. Diese gegen das Vorjahr meistentlich erhöhten Preise beruhen auf Berechnungen die im Anfang dieses Jahres angestellt wurden, um den Stand der derzeitigen Produktionskosten zu ermitteln. In der erwähnten Verordnung wird ausdrücklich betont, daß die endgültige Festsetzung der Preise bis zum Beginn der Ernte unter entsprechender Berücksichtigung der bis dahin entstandenen Produktionskosten erfolgen soll. Dieses Verfahren, die landwirtschaftliche Produktion dadurch zu fördern, daß dem Landwirt die Sicherheit gegeben wird, in den Preisen der Erzeugnisse die von ihm angewendeten Kosten zurückzufassen zu erhalten, fand auch die Billigung der Reichsregierung über die Preisfestsetzungsinstrumente herabzusetzen. Diese haben ein, daß im Interesse der Verbraucher die inländische Produktion auf einen möglichst hohen Stand gebracht werden muß, selbst wenn dies nur unter Erhöhung der Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse möglich ist, da die Kosten für eingeführte Nahrungsmittel sich ausserhalb inländischen Preisen um ein Mehrfaches höher stellen als diese.

Entsprechend der Vorrichtung der Verordnung vom 13. März müssen bis zum Beginn der Ernte die Steuergesetze der Produktionskosten verfolgt werden. Dies soll mit Hilfe von Indexpreisen geschehen. Zur Beratung des Ministeriums ist vor einigen Tagen eine besondere Indez-

bestimmen eben ist der Theaterbesuch — trotz der künstlerischen Bedeutung des Stückes — in Szene gesetzt worden. Wenn kein „Paradies“ hat es einen regelrechten Theaterstand gegeben. Bei der ersten Aufführung noch nicht. Bei der ersten Aufführung soll das Publikum nachdenklich gewesen sein und stark applaudiert haben; nur ein klein winziger Teil des Publikums habe bei der Premiere gelacht und gepfiffen. Wer will ihnen das verzeihen oder veratzen? Darf ich klatschen, wenn man ein Stück gefällt, so darf ich auch zischen, wenn es mir mißfällt. Dieses Recht erlaube ich mir gleichzeitig mit meiner Eintrittskarte. Zur zweiten und zur dritten Aufführung aber! Hier, viele, viele, gekommen lediglich in der Absicht, die Aufführung unangenehm zu machen. Sie wollten das Stück durch Ständel von der Bühne verschwinden lassen. Und das geht zu weit.

Das Theater ist ein öffentliches Institut, jeder hat Zutritt, jeder ist Kritiker, jeder darf klatschen, jeder darf zischen. Reiner aber darf den anderen dazu zwingen, daß er ebenso empfinde wie er selbst. Paßt mir das Stück nicht, dann äußere ich mein Mißbehagen, aber immer nur in einer Form, daß die Fortführung der Vorstellung dadurch nicht unmöglich gemacht wird. Sogar ich die Fortführung der Vorstellung unmöglich zu machen, so spielte ich mich als Vormund derjenigen auf, denen das Stück gefällt.

Die Herren, die in die Aufführung gekommen sind, um sie zu hören, sind von einer Bildung befangen, die über das erlaubte Maß hinausgeht. Die meisten sind als oberste Kritiker und nicht als Zuschauer gekommen. Sie gehen in ein Stück, wenn sie Unangenehmes gehört haben, statt ihre Unzufriedenheit durch Unwesenheit zu bekunden. Geht es uns nicht, legen sie, dann taugt es nichts und darf nicht weiter gespielt werden.

Ein Theaterdirektor, der nicht der Ansicht ist, daß er was von der Kunst versteht, die sogar, und nicht gleichzeitig der Ansicht, daß er auf das Publikum erzieherisch wirken könne, verdient nicht die Stellung; er verdient, dazugezogen zu werden. Sämt der Intendant das Stück für künstlerisch bedeutsam und hört er trotzdem auf, es zu spielen, weil es einen Widerstand nicht gefällt, so ist er ein so feiger Apatist, daß man ihm seinen Posten nehmen muß.

Weil der holländische Intendant Kämpfer ist, ist es zum Trost gegen den Preisler ein Gewinn gekommen.

Der Prozess hat mit dem Prozess des Preislers geendet. Es sieht so aus, als habe das Gericht mit dem

Kommision aus hervorragenden landwirtschaftlichen Sachverständigen und Vertretern der Verbraucher gewählt worden. In ihrer ersten Sitzung hat die Kommission die Stellung genommen, nach welcher Methode die Indexpreise ermittelt werden sollen, und außerdem diejenigen Güter und Leistungen bestimmt, deren Preisentwicklung durch die Indexpreise verfolgt werden soll. Im Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft werden jetzt die von der Kommission entwickelten Berechnungen durchgeführt. Die Kommission tritt in Kürze zu weiteren Verhandlungen wieder zusammen. Die Ergebnisse der Berechnungen werden der Öffentlichkeit unterbreitet werden.

Moderne Sklaven.

Die Angebots von deutscher Seite, den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Frankreichs unter Zuziehung deutscher Arbeitskräfte in die Wege zu leiten, hat die französische Regierung bis jetzt immer abgelehnt, obwohl der Ankauf des deutschen Angebots der Wiederaufbau vieler schon bessere Fortschritte gemacht hätte, als das bis jetzt der Fall ist. Aber Frankreich will keine deutschen Organisationen innerhalb seiner Grenzen, selbst nicht in friedlicher Arbeit. Und aus eigener Kraft scheint es doch nicht in der Lage zu sein, Frankreich wiederherzustellen. Aus diesem Grund erscheinen an der Spitze von Kreisläufern im letzten Jahre die Beschlüsse, die von der französischen Regierung ausgehen und in denen deutsche vorgebildete Arbeitskräfte im rheinischen Volk für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete gesucht werden. In dieser Bekanntmachung heißt es:

„Der französische Minister der Befreiten Gebiete läßt anfragen, ob sich unter dem rheinischen Volk genügend vorgebildete landwirtschaftliche Arbeiter befinden, die den Wunsch äußern sollten, in diesen Gebieten zu arbeiten. Die Arbeiter müssen ledig sein oder ohne ihre Familie nach Frankreich überreisen. Sie werden unter Aufsicht von Beamten aus dem befreiten Gebieten nach einem Lager gebracht, um dort eingetragene zu werden. Schnelle Beschlüsse können sie ihren Aufenthaltsort nicht wechseln.“

Diese Arbeiterkataloge sollen allem Anschein nach ein Gegenstück zur französischen Fremdenlegion werden. Wie sehr Vorlicht gegenüber der Annahme am Platz ist, geht schon daraus hervor, daß die Angehörigen ohne besondere Genehmigung ihren Aufenthaltort nicht wechseln können. Die deutsche Bevölkerung wird also gut tun, sich von der angeblichen Arbeitslosigkeit fernzuhalten, und auch die Reichsregierung dürfte der Sache ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Wenn deutsche Arbeiter in Frankreich arbeiten sollen, dann muß das unter der Aufsicht des Schutzes geschehen, oder nicht in der Weise, wie hier von der französischen Regierung eckert wird. Unsere deutsche Arbeiterbevölkerung ist aus zu gut dazu, um sie zu französischen Wohnstätten herabzudenken zu lassen; solange die französische Regierung über die Rechte und Pflichten der am Wiederaufbau Frankreichs beteiligten Arbeiter trifft, dürfen diese nicht der Willkür der französischen Behörden ausgeliefert werden.

Hochschulnachrichten.

In Düsseldorf verstarb der Stadt- und Kreisrat Medizinalrat Professor Dr. Franz Schrakamp. Dozent für soziale Hygiene und Medizinische Abteilung an der dortigen Akademie für praktische Medizin im Alter von 80 Jahren. — Der niederrheinische a. o. Professor an der Kaiserlichen Universität Dr. phil. Erich März ist zum plänmäßigen a. o. Professor für Radiobiologie ernannt worden. Prof. März ist Herausgeber des Handbuchs für Radiologie. — Wie uns mitgeteilt wird, wird der Privatdozent und Oberarzt an der medizinischen Klinik der Universität Marburg, Prof. Dr. med. Gerhard Katsch mit Professor v. Bergmann an der Straßburger Universität überleben. — Zum Nachfolger des Geh. Med.-Rats R. Förster an der Lehrstuhl der klassischen Archäologie in Breslau ist Prof. Dr. Gerhard Katsch an der Universität Gießen in Aussicht genommen. Prof. Katsch, Schüler von Robert Schiller, war früher Privatdozent und Assistent am archäologischen Institut der Universität Berlin. In Gießen ist er Nachfolger Karl Wagners.

erklärt, daß es jeder Ministerberaubt erlaubt ist, eine für die Sache eine Bekämpfung zu unterbinden. Ein Theater paßt 500, 1000, ist es sehr groß, 2000 Menschen. So können 500, 1000, 2000 Menschen eine Vorstellung unmöglich machen. Das hat zum Beispiel in Oberstein darauf hingewirkt, die Aufführung zu unterbinden, wird er selbst selbst gegeben.

Es gibt zwei Möglichkeiten. Entweder hat das Gericht angenommen, Freier v. Oberstein gehöre nicht zu denen, die die Vorstellung unmöglich machen wollten, sondern nur zu denen, die in der erlaubten Form zischen oder schreien. Dann ist das Urteil berechtigt. Oder es hat angenommen, Freier v. Oberstein habe die Fortführung bewußt unterbinden wollen — und das scheint aus der Rede des Verteidigers beinahe hervorzugehen —, das sei aber kein gutes Recht gewesen. Dann hat es einen Festpruch gefällt. Dann könnte ein Hausen von Menschen mit Energie und ein bißchen Geld mit jedem Theater machen, was es will.

Das „E.“ schreibt zu dem Prozess.

Dieser Prozess läßt angenehme Theaterabend erleben. Wenn ein „Paradies“ hat es einen regelrechten Theaterstand gegeben. Bei der ersten Aufführung noch nicht. Bei der ersten Aufführung soll das Publikum nachdenklich gewesen sein und stark applaudiert haben; nur ein klein winziger Teil des Publikums habe bei der Premiere gelacht und gepfiffen. Wer will ihnen das verzeihen oder veratzen? Darf ich klatschen, wenn man ein Stück gefällt, so darf ich auch zischen, wenn es mir mißfällt. Dieses Recht erlaube ich mir gleichzeitig mit meiner Eintrittskarte. Zur zweiten und zur dritten Aufführung aber! Hier, viele, viele, gekommen lediglich in der Absicht, die Aufführung unangenehm zu machen. Sie wollten das Stück durch Ständel von der Bühne verschwinden lassen. Und das geht zu weit.

Das „E.“ meint: Der gesunde Menschenverstand, der sich häufig außerhalb sieht, der risikoreichen Welt nicht unserer Zustände zu folgen, wird dieses Urteil kaum begreifen. Also: weil eine kleine Gruppe von Ständelmachern ein Stück, das sie nicht begreift, ablehnt, soll ein Theaterleiter nicht berechtigt sein, es weiterhin aufzuführen. Das heißt nichts anderes, als dem Terror im Theater die Berechtigung zu verleihen.

Ellenburg, 10. Mai (Ausland der Schneiderei). Seit Dienstag freuten die hiesigen Schneiderei...

Meinro, 10. Mai. (Unterbringung von Briefen.) Beim Eintreten einer Aborteinrichtung wurden...

Schwane, 10. Mai. (Erkündigung einer neuen Pflanzfamilie.) Im Dorf Dahlen haben die...

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Eine neue Juna-Gesellschaft.

Mit einem Kapital von 3 Millionen Mark wollen die beiden hiesigen Juna-Gesellschaften eine neue...

Der Zweck des Unternehmens ist der unmittelbare und mittelbare Betrieb der Transportverehrung...

Die allgemeine Zusammenkunft am Ende des Monats...

Der Sitz der Gesellschaft wird mit Rücksicht auf die...

Aus Schlußbilanz-Entscheidungen gemässigen Aufwandes der...

Der kommunale Eisenbahn für die Provinz Sachsen, Thüringen und Anhalt...

Neue Veranschlagung für Posten. Nach Mitteilung der...

Bei der oben beschriebenen und Eisenbahnverehrung...

Die hiesigen Betriebsbeschränkungen im hiesigen...

Der Spielplatzherbst in Halle.

Zum ersten Male seit ihren Ursprüngen sammelte sich die hiesige...

Der Zweck war nicht nur die Förderung der deutschen Jugend...

Der Zweck ist nicht nur die Förderung der deutschen Jugend...

Der Zweck ist nicht nur die Förderung der deutschen Jugend...

Fußball in Halle.

V. f. L. Halle 96 schlägt Wader 3:1 (3:1).

Der Beginn der Entwicklung unserer heimischen Fußballvereine...

Die beiden auswärts weilenden Vereine Sportfreunde und Sportverein 98...

Sportverein 98. Ein-Kleiner-Turnier-Club-Kleiner 2:0...

V. f. L. Merseburg verliert gegen T. u. S. West Leipzig 0:2.

Eine hohe Niederlage holt sich am Sonntag die Merseburger im Spiele gegen den Leipzig...

Leipzig schlägt Erfurt 1:0 (0:0).

(Eigener Drahtbericht der Saale-Zeitung.) Das erste Zusammenreffen der beiden Städte Erfurt und Leipzig...

Fußball im Reich.

Der vergangene Sonntag brachte in allen Bundesverbänden die Verbandsspiele heraus...

In dem noch rüchdigen Spiele um die mitteldeutsche Meisterschaft...

Das Aufstiegs-Spiel um den Deutschen Bundespokal ist auf Wunsch...

Die Rennen am Sonntag.

- Dresden. 1. Preis von Stuppen. 10 000 Mk. 1400 Mtr. 1. Kas...

- Düsseldorf. 1. Preis von Rainen. 3000 Mk. 1400 Mtr. 1. Itha...

- Mannheim. 1. Schwanen-Jagdrennen. 2000 Mk. 3500 Mtr. 1. Wa...

Vorauslagen für Granewald.

- 1. Rennen: Rudowitz-Donau. 2. Rennen: Kollmadi-Gallan.

